

# Hannoversche Allgemeine

## Schließung geplant

### Jugendwerkstätten stehen vor dem Aus

Von Mathias Klein |

25.07.2011 10:10 Uhr

**Die 14 Jugendwerkstätten in Hannover und im Umland sind von der Schließung bedroht. Hintergrund sind Pläne der Bundesregierung, die Zuschüsse stark zusammenzustreichen. Nun hat der stellvertretende Stadtsuperintendent an Bundespräsident Wulff geschrieben.**

**Hannover.** Die 14 Jugendwerkstätten in Hannover und im Umland sind von der Schließung bedroht. Hintergrund sind Pläne der Bundesregierung, die Zuschüsse stark zusammenzustreichen. „Wenn das so kommt, müssen wir unsere zwei Werkstätten schließen“, sagte der stellvertretende Stadtsuperintendent Thomas Höflich.

Die evangelische Kirche unterhält Werkstätten in Kleefeld und Linden, die sich um insgesamt 140 Jugendliche kümmern. Weitere Werkstätten werden vor allem von den Sozialverbänden betrieben. Betroffen von den Kürzungsplänen sind in der Region insgesamt mehr als 1000 Jugendliche, schätzungsweise mehr als 100 Mitarbeiter würden ihren Job verlieren. Den Plänen der Bundesregierung zufolge sollen die Zuschüsse pro betreutem Jugendlichen von 450 Euro um zwei Drittel auf dann nur noch 150 Euro gekürzt werden.

In den Jugendwerkstätten werden unter anderem junge Männer und Frauen betreut, die keinen Schulabschluss haben, straffällig geworden sind oder Probleme mit Drogen haben. Die jungen Menschen werden dort darauf vorbereitet, regulär zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen. In den Werkstätten der evangelischen Kirche zum Beispiel werden sie zum Koch und zum Veranstaltungsexperten ausgebildet und können in der Holz- oder in der Fahrradwerkstatt arbeiten.

Nach Angaben von Höflich kostet jeder Platz pro Monat 800 bis 850 Euro. „Das Geld, das wir nicht bezuschusst bekommen, müssen wir erwirtschaften“, sagte er. Nach einer Streichung sei das aber gar nicht mehr möglich. Wenn es die Werkstätten nicht mehr gäbe, entstünde für die Jugendlichen eine „katastrophale Situation“, meinte Höflich. „Wenn es uns nicht gelingt, die Jugendlichen aufzufangen, dann bleiben sie auf der Strecke.“

### „Katastrophale Situation“

Um die Gesetzesänderung zu verhindern, hat er die zuständige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen eingeladen. Und Höflich hat auch an Bundespräsident Christian Wulff geschrieben. Denn dieser hatte, noch als Ministerpräsident, die Kleefelder Werkstatt besucht, und sich sehr lobend über die Arbeit geäußert.

Auch Eberhard Wicke hat sich an Ministerin von der Leyen gewandt. Der Vorsitzende der CDU-Regionsfraktion wohnt in Garbsen, auch die dortige Jugendwerkstatt müsste schließen, wenn das Gesetz in seiner jetzigen Form in Kraft tritt. „Wir halten als CDU-Regionsfraktion die Kürzung der Trägerpauschalen für ein falsches Signal“, heißt es in dem Brief. Denn die dort betreuten Jugendlichen würden bei einer Schließung dauerhaft vom Arbeitsmarkt ferngehalten.